

15. Februar 2002

Bahn-Lärmschutzmaßnahmen in Lanzendorf

Land Niederösterreich beteiligt sich mit rund 300.000 Euro

Die NÖ Landesregierung hat in ihrer letzten Sitzung u.a. auch beschlossen, sich mit 300.138,81 Euro an den Durchführungskosten von Lärmschutzmaßnahmen in der Gemeinde Lanzendorf zu beteiligen. Laut Grobkostenschätzung der ÖBB, die das Projekt abwickelt, werden die Durchführungskosten für diesen Bauabschnitt voraussichtlich 857.539,44 Euro betragen.

In einem Vertrag zwischen der Republik Österreich, dem Land Niederösterreich und der Gemeinde Lanzendorf hat sich das Land verpflichtet, einen Finanzierungsbeitrag in der Höhe von 35 Prozent zu übernehmen. Die Gemeinde leistet 15 Prozent, die restlichen 50 Prozent werden durch den Bund bzw. die SCHIG mbH getragen. Dieser Vertrag basiert auf einem Rahmenübereinkommen zwischen der Republik und dem Land über die Planung, Durchführung, Erhaltung und Finanzierung von Lärmschutzmaßnahmen an Eisenbahn-Bestandsstrecken der ÖBB im Bundesland Niederösterreich. Ziel dieses Übereinkommens ist es, in den niederösterreichischen Gemeinden Gebäude, die der überwiegenden Wohnnutzung dienen, sowie zusätzlich Krankenanstalten nachhaltig vor Eisenbahnlärm zu schützen.

Die Planungen für das betroffene, rund 1,1 Kilometer lange Gebiet sind seit September 2001 fertiggestellt. Während der bis 2003 anberaumten Realisierung des Projektes wird der Betrieb auf diesem Abschnitt der Strecke Wien/Süd – Nickelsdorf in erforderlichem Umfang aufrechterhalten. Das Projekt umfasst sowohl bahnseitige Maßnahmen wie die Errichtung von Lärmschutzwänden und -wällen als auch objektseitige Maßnahmen wie Lärmschutzeinrichtungen an Wohngebäuden, insbesondere den Einbau von Lärmschutzfenstern und -türen.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at